

Rekommunalisierung

„Privat geht besser als Staat“ – Diesem Glaubenssatz des Neoliberalismus folgten lange Jahre auch viele Kommunen und Kreise. Vielerorts ist mittlerweile Ernüchterung eingetreten: die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen hat nicht die erhofften Wirkungen gebracht, die Leistungen wurden nicht besser, nicht bürgernäher, nicht kostengünstiger, der Einfluss der Kommunen ging rapide zurück. Daher beginnen Kommunen, privatisierte Betriebe zurückzuholen oder bei auslaufenden Betreiberverträgen wieder selbst die Dienstleistungen zu unterstützen. Auch das EU-Wettbewerbsrecht verstärkt den Trend zur Rekommunalisierung, weil nur so Kommunen sich vor der Abhängigkeit von privaten Profitinteressen schützen können.

Öffentliche Dienstleistungen und Güter sollen für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Einkommen oder ihrer gesellschaftlichen Stellung zugänglich sein. Die Kommune ist der richtige Ort für eine bedarfsnahe Planung. Energieeffiziente und klimafreundliche Energieerzeugung in kleinen Anlagen vor Ort entlasten Mensch und Umwelt. Die Skandale im Müllbereich zeigen, dass auch dieser zurück in die öffentliche Hand gehört. Der Schwimmbadbesuch muss bezahlbar sein, die nächste öffentliche Bücherei darf nicht 50 Kilometer weit weg sein. Nur so kann eine Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben sichergestellt werden.

Für DIE LINKE ist Rekommunalisierung ein zentraler politischer Schwerpunkt. Das gilt für alle Bereiche der Daseinsvorsorge, insbesondere aber für die Energieversorgung. Denn die Kommune ist der richtige Ort für eine effektive Energienutzungsplanung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb muss die Rekommunalisierung der Energieversorgung vorangetrieben werden.

DIE LINKE setzt sich für kommunale Stadtwerke und andere Organisationsformen ein, die als ihren Geschäftszweck die kommunale Daseinsvorsorge definieren und sich dadurch spürbar von großen Konzernen unterscheiden.